

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 183. Ratssitzung vom 15. Dezember 2017

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2017/311, Antrag 121 und Postulat GR Nr. 2017/440

Gemeinsame Behandlung der Anträge 121. und 122. (Postulat GR Nr. 2017/440).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3568/2017): Die Zollstrasse ist nördlich des Hauptbahnhofs so etwas wie der erweiterte Bahnhofplatz im Kreis 5. Es erscheint uns nicht zielführend, wenn dort nach wie vor der Durchgangsverkehr für Autos zugelassen wird. Wir haben in Zusammenhang mit dem Gestaltungsplan Zollstrasse, der eher Richtung Langstrasse führt, schon ein Verkehrskonzept vorgelegt bekommen, das eine Variante mit vier Barrieren vorgesehen hat, damit die Autos nicht mehr dort durchfahren können. Wir haben letzthin ein Projekt aufgelegt gesehen. Speziell im vorderen Teil, zwischen der Radgasse und der Zollbrücke, macht es nicht wirklich Sinn, wenn hier Autos durchfahren. Die Passage Sihlquai wird dort erweitert. Es gibt sehr viele Fussgängerinnen und Fussgänger und einen regional klassierten Radweg. Es ist sehr schwierig, diese beiden Verkehrsarten auf dem gleichen Raum aneinander vorbeizubringen. Zusätzlich noch Autos durchführen zu lassen, scheint uns nicht geeignet. Wir wollen, dass weiter geplant wird, aber anders, im Sinne unseres Postulats. Wir halbieren den Kredit, damit die Planung nach den neuen Vorgaben möglich ist. Deshalb bitten wir, dass einerseits dem Budgetantrag und andererseits dem Postulat zugestimmt wird.

Stephan Iten (SVP) begründet den Antrag der Kommissionsminderheit, stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Pläne des Strassenbauprojekts der Zollstrasse lagen öffentlich auf. Jeder hatte die Möglichkeit, Einwendungen oder Einsprachen zu machen. Es ist nicht das erste Mal, dass man nach einer Planaufgabe, nachdem sämtliche Fristen abgelaufen sind, parlamentarisch vorgeht. Wir haben eine Einwendung eingereicht und halten uns an die Fristen. Wir sind auch nicht damit zufrieden, dass dort eine Begegnungszone realisiert werden soll. Aber jetzt damit anzufangen, jedes Strassenbauprojekt parlamentarisch abändern zu wollen, ist nicht zielführend. Das kostet wieder unnötig Geld, Nerven und Aufwand. Bei der Kürzung machen wir nicht mit. Wir sind nicht nur dagegen, dass in der Zollstrasse eine Begegnungszone entsteht, sondern auch, dass die Strasse autofrei und die Parkplätze aufgehoben werden sollen. Wir haben alle zusammen ein Postulat eingereicht, mit dem Auftrag, dass die Verkehrsströme rund um den Hauptbahnhof nachhaltig von allen Verkehrsteilnehmern besser abgestimmt werden. Mit dieser Massnahme soll das immer grösser werdende Verkehrsaufkommen besser bewältigt werden. Eine entsprechende Weisung wird gerade in der Kommission behandelt. Darin wird aber unter anderem auch die Zollstrasse erwähnt. Zu den Verkehrsströmen gehört auch der motorisierte Individu-

alverkehr (MIV). Doch mit dem Postulat will man einmal mehr das Auto gegen alles auspielen und verdrängen. Es kann nicht sein, dass man einseitig etwas fordert, was ursprünglich gar nicht so angedacht war. Wir wollen, dass sämtliche Verkehrsteilnehmer gleich berücksichtigt werden, so wie es im ursprünglichen Postulat auch gefordert wird. Selbstverständlich lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Man kann für oder gegen den Durchgangsverkehr sein, doch die Begegnungszonen findet niemand gut. Deshalb sind auch wir der Meinung, dass man das Projekt überarbeiten muss. Aus unserer Sicht muss der Durchgangsverkehr erhalten bleiben. Wo der Bahnhofplatz sein soll, sehe ich nicht, dort befindet sich der Zugang zu den Gleisen. Im Endeffekt, wenn man alle Strassen beschränkt, gibt es nur noch eine grössere unbefriedigende Situation. Deshalb sollte der Quartierverkehr dort fahren können wie bisher. Nicht zielführend ist die Mischlösung, die man heute geplant hat, weshalb wir das Projekt überarbeiten wollen.

Sven Sobernheim (GLP): Wenn uns ein Projekt stört, sagen wir das auch. Die Begegnungszone vor dem St. Gallerhof bei der Radgasse ist ein solches Projekt. Dort hat man versucht, alles in den vorhandenen Raum zu pressen, was das städtische Möblierungskonzept zulässt. Es ist unverständlich, den Platz so zu beengen, obwohl man Personenströme in alle Himmelsrichtungen hat. Das Projekt muss man definitiv überarbeiten, doch auch das Postulat sollte überwiesen werden. Wir wollen damit das, was der Richtplan fordert und einen öffentlichen Raum, der Platz schafft für die Bewegungen in diesem.

Markus Hungerbühler (CVP): Wir sind auch klar der Meinung, dass dort keine Begegnungszone stattfinden sollte. Man kann sicher nochmals schauen, was man dort besser machen kann. Jedoch lehnen wir den Vorstoss ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es besteht kein Grund, sich über das Postulat aufzuregen. Es ist wieder einmal ein typisches Kampfpostulat gegen das Auto. Will man den Autoverkehr noch mehr behindern, schafft man zusätzlich ein Projekt für eine Begegnungszone. Ob dies positiv ist und wem man dort begegnen will, ist eine ganz andere Frage. Die Vorstösse erzeugen viel Lärm, aber keine Wirkung.

Simone Brander (SP): Man begegnet dort sehr vielen Menschen, die an diesem sehr zentralen Ort zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind. Die Einwendungsfrist zum Projekt für den Teil, der näher beim Hauptbahnhof ist, läuft erst am 12. Januar 2018 ab. Man sollte den Input aber sinnvollerweise dann machen, wenn man das Projekt noch beeinflussen kann. Bevor die Verwaltung fertig geplant hat und wir im Gemeinderat allenfalls wieder etwas ändern müssen. Man sollte von Anfang an der Verwaltung die Wünsche des Gemeinderats mitteilen, um ein solches Projekt sinnvoll zu planen. Ursprünglich war das Projekt anders angedacht. Auch mit einem Geschäft zusammenhängend, das wir im Gemeinderat schon beschlossen hatten, in Übereinstimmung mit dem Gestaltungsplan der SBB an der Zollstrasse. Darin stand klar,

4 / 4

3604. 2017/440

**Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 06.12.2017:
Verzicht auf eine durchgehende Befahrbarkeit der Zollstrasse für Autos und auf
Parkplätze zugunsten der regional klassierten Veloroute**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3568/2017).

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 71 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat